

Inhaltsverzeichnis

Einführung des Herausgebers

Vorwort

1. Die Schuldigen

2. Deutschlands Isolierung

3. Deutsche Provokationen

4. Österreich

5. Die Balkankrisen

6. Die Lage vor dem Krieg

7. Materialien über den Ursprung des Krieges

8. Sarajevo

9. Wilhelms monarchisches Bewusstsein

10. Die Verschwörung von Potsdam

11. Die Verschwörer an der Arbeit

Wilhelms Drängen

Österreichs Zögern

Eine falsche Rechnung

Die Einschläferung Europas

12. Das Ultimatum an Serbien

Die Überreichung der Note

Die Lokalisierung des Krieges

Die Sabotierung der Friedensbemühungen

Beginnende Unsicherheit in Deutschland

13. Italien

14. England

Bis zum 29. Juli

Der 29. Juli

15. Letzte Versuche zur Rettung des Friedens

16. Die Mobilisierungen

17. Die Kriegserklärung an Russland

Die Vorbereitung der Kriegserklärung

Die Begründung der Kriegserklärung

Die Eröffnung des Krieges durch Russland

- 18. Die Kriegserklärung an Frankreich
Frankreichs Neutralisierung
Die mysteriösen Flieger
- 19. Die Kriegserklärung an Belgien
Die politische Verfehltheit des Wortbruchs
Die Rechtfertigung des Wortbruchs
- 20. Die Revolutionierung der Welt
- 21. Der Weltkrieg und das deutsche Volk
- Nachbemerkung

Karl Kautsky

Wie der Weltkrieg entstand

Dargestellt nach dem Aktenmaterial
des Deutschen Auswärtigen Amts



REGENBRECHT VERLAG

Karl Kautsky

Wie der Weltkrieg entstand



Impressum

© Regenbrecht Verlag, Berlin 2013

Alle Rechte vorbehalten

Textgrundlage: Karl Kautsky: Wie der Weltkrieg entstand.
Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen
Auswärtigen Amts von Karl Kautsky. Verlegt bei Paul
Cassirer, Berlin 1919.

Die Rechtschreibung wurde modernisiert.

Umschlagbild: Das Attentat von Sarajewo

ISBN: 978-3-943889-31-4

Das vollständige Verlagsprogramm finden Sie unter:

www.regenbrecht-verlag.de

Einführung des Herausgebers

»Die Fahrt von Batumi nach Tiflis glich einem Triumphzug«, berichtet Luise Kautsky 1921 über ihre kurz zuvor beendete Studienreise in den damals noch unabhängigen Kaukasusstaat Georgien. »Alle Stationsgebäude waren festlich geschmückt, neben der georgischen Fahne flatterten rote Fahnen mit den Bildnissen von Marx und Engels und mit Staunen und Rührung gewahrte ich auch überall große gerahmte und bekränzte Jugendporträts von meinem Mann, was mir bewies, dass die im Ausland lebenden Georgier wahrgesprochen hatten, die uns früher schon immer berichteten, dass Kautsky in ihrem Heimatland ebenso populär wie Marx, Engels und Plechanow sei.« Luises Darstellung gibt eine Anmutung davon, welche Bedeutung ihr Ehemann Karl Kautsky (1854–1938) in der internationalen Arbeiterbewegung besaß.

Geboren wurde Karl Kautsky am 16. Oktober 1854 in Prag als Sohn eines tschechischen Theatermalers und einer deutsch-österreichischen Schauspielerin und Romanschriftstellerin. In Wien studierte er Ökonomie, Geschichte und Philosophie und schloss sich noch während seines Studiums der Sozialdemokratie an. Seit 1880 lebte Kautsky in Zürich, wo er als Redakteur arbeitete. Wenig später lernte er Karl Marx und Friedrich Engels kennen. Auch weil Kautsky seit 1883 »Die Neue Zeit« herausgab und als Chefredakteur leitete, die sich bald zur wichtigsten Theoriezeitschrift der deutschsprachigen Arbeiterbewegung

entwickelte, avancierte er quasi zum Gralshüter der marxistischen Theorie.

1883 ging Kautsky die Ehe mit Louise Strasser ein, ließ sich jedoch sechs Jahre später wieder von ihr scheiden. Am 23. April 1890 heiratete er Luise Ronsperger, mit der er drei Söhne hatte, Felix, Karl und Benedikt. Das Paar zog nach Stuttgart, später nach Berlin. Seit 1924 lebten die Kautskys in Wien, mussten von dort jedoch 1938 vor den Nationalsozialisten fliehen. Nur wenige Wochen später, am 17. Oktober 1938, starb Karl Kautsky im Exil in Amsterdam.

Am 3. August 1914 zog die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Karl Kautsky zu ihrer Sitzung hinzu, in der sie über die von der kaiserlichen Regierung beantragten Kriegskredite beriet. Kautsky sprach sich gegen eine Bewilligung bzw. für eine Stimmenthaltung der Fraktion aus. Da die große Mehrheit jedoch zustimmen wollte, unterbreitete er den Vorschlag, die sozialdemokratische Fraktion solle ihre Bewilligung davon abhängig machen, dass kein Angriffskrieg von der deutschen Armee geführt werde. Für keinen seiner Vorschläge fand Kautsky nennenswerten Rückhalt in der Reichstagsfraktion.

Der verbrecherische Überfall auf das neutrale Belgien vom 4. August 1914 durch das Deutsche Reich bestätigte Kautsky in seiner Haltung gegen den Krieg. Die belgische Regierung hatte abgelehnt, Truppen durch ihr Land gen Frankreich marschieren zu lassen. Daraufhin besetzte die deutsche Armee kurzerhand das Nachbarland. Was Kautsky damals gar nicht wissen konnte: Die Militärführung hatte diesen Schritt bereits Jahre zuvor geplant, als Grundvoraussetzung des von Moltke modifizierten Schlieffen-Plans.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde Kautsky von der Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, als

Unterstaatssekretär ins Außenministerium berufen. Dort sollte er die Dokumente sammeln, sichten und herausgeben, die den Ausbruch des Weltkrieges betrafen. Trotz einer enormen Materialmenge konnte Karl Kautsky der Mitte-Links-Regierung Scheidemann bereits im März 1919 mitteilen, die Arbeiten seien im wesentlichen abgeschlossen und die Dokumentensammlung könne in Satz gegeben werden. In der Zwischenzeit hatte die interalliierte Vorkonferenz in Versailles begonnen. Die eigentlichen Friedensverhandlungen sollten im Mai 1919 beginnen. Kautsky hoffte, mit einer schonungslosen Veröffentlichung der diplomatischen Akten »noch vor Beginn der Friedensverhandlungen der Welt die offenbarste Bekundung dafür vorlegen [zu können], dass die deutsche Regierung, von der diese Verhandlungen geführt wurden, nicht das Mindeste gemein habe mit jener, die den Krieg erklärt« hatte.

Die von Kautsky zusammengestellte Dokumentensammlung bewies, dass die kaiserliche Regierung im Juli und August 1914 nichts getan hatte, um einen Krieg zu verhindern. Im Gegenteil. Sie hatte jeden Versuch einer diplomatischen Lösung der Krise hintertrieben. Trotz dieser Erkenntnisse verzögerte die Regierung der jungen deutschen Republik die Publikation der Kriegsdokumente. Statt dessen gab sie im Juni 1919 ein »Weißbuch« heraus, in dem sie trotz besseren Wissens behauptete, von Russland in einen Abwehrkampf getrieben worden zu sein. Eine positive Wirkung auf die laufenden Friedensverhandlungen konnte damit selbstverständlich nicht erzielt werden.

Parallel zur Dokumentensammlung hatte Kautsky an einer Kommentierung derselben gearbeitet, die als separates Buch im Verlag Paul Cassirer unter dem Titel »Wie

der Weltkrieg entstand« erscheinen sollte. Er wollte sein Buch nicht vor der eigentlichen Dokumentensammlung publizieren. Da die Regierung die Herausgabe der Dokumentensammlung jedoch mehrfach verzögerte, gelangten »Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914« und Karl Kautskys »Wie der Weltkrieg entstand« erst am 10. Dezember 1919 in die deutschen Buchhandlungen.

Kautskys präzise Darstellung zeigte deutlich die Verantwortung des Deutschen Reiches für die Auslösung des Ersten Weltkrieges. Doch nach der Niederlage wollte die deutsche Öffentlichkeit seine Arbeit gar nicht wahrnehmen. Einige wenige konservative Historiker und Publizisten verrissen »Wie der Weltkrieg entstand« in polemischster Weise, während die sozialdemokratische Presse das Buch weitgehend ignorierte. Zu schmerzhaft war für die SPD-Führung wohl die von Kautsky offen gelegte Wahrheit, dass sie sich im August 1914 vor den Kriegskarren der kaiserlichen Regierung hatte spannen lassen.

Erst nachdem Fritz Fischer 1961 »Der Griff nach der Weltmacht« veröffentlichte und damit die nach ihm benannte Kontroverse innerhalb der (west-)deutschen Geschichtswissenschaft auslöste, änderte sich die öffentliche Wahrnehmung über die Ursachen des Ersten Weltkrieges. Karl Kautsky hätte dies wohl mit einer gewissen Genugtuung erfüllt.

Im Jahr 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum einhundertsten Mal. Das bereits jetzt erkennbare öffentliche Interesse am »Großen Krieg« zeigt sich auch in den bereits erschienenen und angekündigten Publikationen zum Thema. Kautskys Kriegsursachenbuch sollte in diesem Reigen der Veröffentlichungen nicht fehlen, weshalb wir es unter dem qualifizierenden Titel »Wie der Erste Weltkrieg entstand« neu herausgeben.

Das Buch verdeutlicht die Arroganz, Rücksichtslosigkeit und Naivität des Deutschen Kaisers, seiner Regierungsbeamten und Diplomaten in der Krisensituation im Juli und August 1914. Kautsky gelingt es nicht nur, die Aktenauszüge der diplomatischen und regierungsinternen Kommunikation in einen aussagekräftigen regionalen und zeitlichen Zusammenhang zu setzen. Seine präzisen Kommentierungen ermöglichen trotz der üblicherweise trockenen Bürokratensprache der Dokumente eine klar fassliche Gesamtlektüre. Kautskys Buch eröffnet uns heute einen Einblick in die Handlungsprämisse derer, die die Welt sehenden Auges in einen Krieg führten, der in vier Jahren mehr als 17 Millionen Todesopfer forderte.

Günter Regner

Vorwort

Nach der Revolution vom 9. November 1918 ersuchten mich die Volksbeauftragten, als beigeordneter Staatssekretär in das Auswärtige Amt einzutreten. Eine der ersten Aufgaben, die ich mir stellte, ging dahin, mich zu vergewissern, ob in seinem Archiv belastendes Material beiseite geschafft worden sei, wie damals vielfach befürchtet wurde. Ich konnte nichts bemerken, was diesen Verdacht bestätigt hätte. Schon die ersten Stichproben zeigten mir vielmehr, dass wichtiges Material da war. Ich schlug den Volksbeauftragten vor, die Akten zunächst über den Kriegsausbruch herauszugeben. Das seien wir dem deutschen Volke schuldig, das Anspruch darauf habe, die Wahrheit über seine bisherigen Staatslenker zu erfahren. Das sei auch notwendig, weil es dem misstrauischen Ausland gegenüber am deutlichsten den völligen Bruch des neuen Regimes mit dem alten zum Ausdruck bringe.

Die Volksbeauftragten stimmten mir zu und betrauten mich mit der Sammlung und Herausgabe der Akten. Meine bisherige Haltung werde dafür bürgen, dass ich kein unbequemes Material unterschlage. Gewünscht wurde nur, dass ich nicht die einzelnen Akten sofort, nachdem ich sie gefunden, vor die Öffentlichkeit bringe, wie es Eisner getan, sondern dass sie erst herauskommen sollten, wenn sie vollzählig gesammelt vorlägen. Das war politisch nicht ganz erwünscht, weil es die Veröffentlichung und ihre günstigen Wirkungen für das neue Regime im In- und Ausland hinausschob. Aber es schnitt die Einrede der Verfechter des alten Regimes ab, als habe man es bloß mit tendenziös

ausgelesenen und aus dem Zusammenhang gerissenen Dokumenten zu tun, die keine Beweiskraft hätten.

Dem Gewicht dieser Auffassung verschloss ich mich nicht und danach verfuhr ich.

Als im Dezember meine Parteigenossen Barth, Dittmann und Haase aus der Regierung austraten, verzichtete auch ich auf meine Stellung als beigeordneter Staatssekretär, erklärte mich jedoch bereit, die Sammlung und Herausgabe der Kriegsakten auch weiterhin zu besorgen. Darauf erhielt ich die Zuschrift vom 4. Januar:

Werter Genosse! Auf Ihr Schreiben vom 2. Januar erwidere ich Ihnen, dass die Reichsregierung Sie bittet, Ihre Tätigkeit als Mitherausgeber der Akten über den Kriegsausbruch auch weiterhin ausüben zu wollen.

Die Reichsregierung
Ebert.

Das Wort »Mitherausgeber« bezieht sich darauf, dass kurz vorher nach dem Usus jener Wochen, jede höhere Stellung doppelt mit einem Rechtssozialisten und einem Unabhängigen zu besetzen, man Quarck mir zur Seite gestellt hatte.

Der Usus hörte nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung auf und damit nahm bald auch die »Mitherausgeberschaft« Quarcks ein Ende und ich stand als alleiniger Herausgeber da.

Natürlich besorgte ich nicht die ganze große Arbeit allein. Ehe ich noch andere Hilfskräfte heranzog, stand mir meine Frau getreulich zur Seite, die ja schon seit Jahrzehnten mit Rat und Tat fast an jedem meiner Werke beteiligt ist. Doch

bald wurde ein eigenes Büro zur Besorgung der Herausgabe notwendig.

Sie war zu beschleunigen und ich hatte neben ihr in der Sozialisierungskommission und mit schriftstellerischen Arbeiten zu tun. Quarck und ich wendeten uns daher schon im Dezember an Dr. Gustav Mayer mit der Bitte, seine Arbeitskraft für die Zwecke der Sammlung und Ordnung der Akten in höherem Maße zur Verfügung zu stellen, als ich selbst es vermochte. Er willigte gern ein, trotzdem auch er manche ihm liebe Arbeit deshalb liegen lassen musste. Auf seine Anregung zogen wir namentlich für die archivalische Arbeit noch Dr. Hermann Meyer, Archivar beim Geheimen Staatsarchiv heran, dann Anfang Februar zur Beschleunigung des Abschlusses der Arbeit, angesichts des sich häufenden Materials noch Dr. Richard Wolff und Frl. N. Stiebel, cand. hist.

Ich empfinde es als meine Pflicht, ihnen allen, namentlich den beiden erstgenannten Herren für ihre hingebende wertvolle Arbeit an dem großen Unternehmen herzlichst zu danken.

Sie setzte mich in die Lage, dem Grafen Brockdorff-Rantzau am 26. März mitzuteilen, dass die Sammlung im Wesentlichen fertig vorliege und sofort in Satz gegeben werden könne. Wohl waren noch eine Reihe von Feststellungen zu machen, da sich z.B. nicht bei jedem Dokument die Zeit seines Einlaufens oder seiner Absendung ohne Weiteres genau konstatieren ließ. Doch konnten diese und andere Ergänzungen, wie Register u. dergl., auch während des Satzes noch eingefügt werden.

Mit der Drucklegung durfte nicht mehr gezögert werden, wenn man noch vor Beginn der Friedensverhandlungen der Welt die offenbarste Bekundung dafür vorlegen wollte, dass die deutsche Regierung, von der diese Verhandlungen

geführt wurden, nicht das Mindeste gemein habe mit jener, die den Krieg erklärt.

Die Regierung fasste die Sache offenbar anders auf. Sie schob die Herausgabe hinaus und veröffentlichte statt der Dokumente einen Bericht über den Kriegsausbruch im Weißbuch von Juni 1919, auf das in dem vorliegenden Buch noch Bezug genommen wird und das alles andere eher als einen Bruch mit der Politik des gestürzten Regimes erkennen ließ.

Während meine Mitarbeiter und ich die Aufforderung erwarteten, an die Drucklegung der Sammlung heranzutreten, waren wir weiter mit der Feilung und Ergänzung des Materials beschäftigt. Aber als immer mehr die Aussichten schwanden, dass die Regierung bald die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Akten gebe, vermochte ich meine Mitarbeiter, auf die andere, dringende Pflichten warteten, nicht länger zusammenzuhalten. Sie schlossen im Beginn des Mai ihre Arbeit an den Akten ab, doch durfte ich darauf rechnen, dass sie sich sofort wieder einfinden würden, sobald endlich der Auftrag zur Drucklegung erteilt wäre. Doch ließ dieser auch nach der Unterzeichnung des Friedens noch auf sich warten.

Endlich in der Mitte des September wurde ich eines schönen Tages in der Angelegenheit der Akten telefonisch angerufen, nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von einer Zeitung, die mich fragte, ob es wahr sei, dass die Herren Mendelssohn, Montgelas und Schücking meine Sammlung herausgeben sollten, und nicht ich. Ich konnte darauf bloß antworten, dass ich davon weniger wisse, als die Zeitung selbst. Ich habe die Tatsache nur aus den Zeitungen erfahren.

Die Regierung war wirklich so illoyal gewesen, die Herausgabe der von mir unternommenen und unter meiner

Leitung durchgeführten Sammlung von Akten anderen zu übergeben, ohne mich auch nur davon zu verständigen.

Welche Gründe man hatte, mich auszuschiffen, ist mir bis heute noch nicht klar geworden. Die Regierung hat nie welche angegeben.

Um so mehr erregte ihr Vorgehen so böses Blut, dass sie sich gezwungen sah, einzulenken. Die Herren Prof. Schücking und Graf Montgelas wendeten sich Ende September an mich, mit der Versicherung, dass das, was sie herauszugeben gedächten, ausschließlich meine Sammlung sei, an der ohne meine Zustimmung keine Zeile geändert werden solle. Auch wollte man mir jede Möglichkeit der Überwachung des Drucks geben. Sie baten mich, die Ausgabe gutzuheißen.

Die beiden Herren hatten danach im Wesentlichen nur die Aufgabe, meine Arbeit einer Kontrolle zu unterziehen, die ich nicht zu scheuen brauchte, und jene Kleinarbeit zu verrichten, die mit der Drucklegung eines Werkes dieser Art notwendigerweise verbunden ist und die ich ihnen gerne überließ.

Da mir nichts an meiner Persönlichkeit, um so mehr an der Sache liegt, sah ich also keine Veranlassung, mich in den Schmollwinkel zu stellen, und ich erklärte mich bereit, mitzuwirken unter der Bedingung, dass die Drucklegung sofort in Angriff genommen werde. Auch das wurde mir zugesagt und so erscheint jetzt endlich die schon fast sagenhaft gewordene Sammlung der Dokumente des Auswärtigen Amtes über den Kriegsausbruch.

Während der Arbeit hatte ich mich natürlich nicht damit begnügt, ein Dokument an das andere zu reihen. Es drängte mich, alle die Aufschlüsse, die mir die große Masse von fast 900 Aktenstücken bot, in einen inneren Zusammenhang zu bringen und ihren Zusammenhang mit dem übrigen, bisher

schon bekannten Material über den Kriegsausbruch herzustellen. Ich tat es nicht als Ankläger, sondern als Geschichtsschreiber, der erforschen will, wie die Dinge gekommen sind.

Diese Arbeit unternahm ich zunächst bloß zu meiner Selbstverständigung. Ein Historiker kann nicht Quellen sammeln, ohne sie auch innerlich zu verarbeiten. Doch je mehr die Arbeit voranschritt, um so reger wurde in mir der Wunsch, sie nicht bloß für mich zu machen, sondern auch für das große Publikum, das weniger Zeit und meist auch Gelegenheit haben dürfte, als ich, die ungeheure Menge des Materials sorgsam durchzuarbeiten.

So entwickelte sich allmählich das vorliegende Buch. In wesentlichen Teilen ist es schon seit Monaten fertig, doch habe ich seine Herausgabe immer wieder hinausgeschoben, was auch stete Zufügungen und Umarbeitungen durch das Auftauchen neuen Materials erforderlich machte, so namentlich durch das deutsche Weißbuch vom Juni und die Publikationen des Herrn Dr. Gooß.

Es kostete mich viel Selbstverleugnung, mit meiner Schrift nicht herauszukommen angesichts der Flut von Enthüllungen über den Krieg, die in den letzten Monaten hereinbrach. Da zu schweigen, wo ich so viel zu sagen gehabt hätte, war nicht leicht. Ich hätte mich wohl berechtigt gefühlt, angesichts des steten Zauderns der Regierung, mein Buch erscheinen zu lassen, noch ehe sie sich zur Publikation der längst gesammelten Akten entschloss.

Ich hatte in dem Archiv des Auswärtigen Amtes nicht gearbeitet als sein Beamter, sondern als freier Historiker, seitdem ich aufgehört hatte, als beigeordneter Staatssekretär zu fungieren. Beweis dafür die Tatsache, dass ich seitdem kein Gehalt und auch keine sonstige

Entschädigung von der Regierung bezogen habe. Ein Historiker, der ein Archiv benutzt, ist keinem Vorgesetzten Rechenschaft darüber schuldig, welchen Gebrauch er von den Früchten seiner Arbeit macht.

Wenn ich trotzdem schwieg, geschah es nicht aus einer juristischen, sondern einer politischen Erwägung. Der ganze politische Vorteil, den die Herausgabe der Akten für die Beurteilung des deutschen Volkes durch seine bisherigen Gegner haben konnte, war nur zu erwarten, wenn die Veröffentlichung durch die Regierung, nicht gegen sie erfolgte. Wohl wäre sie auch in letzterem Falle geboten gewesen, schon aus Gründen der inneren Politik. Aber solange die Möglichkeit bestand, dass die Regierung selbst die Akten erscheinen ließ, wollte ich ihr nicht mit der Publizierung meiner Verarbeitung des Materials zuvorkommen.

Nun erscheinen sie tatsächlich und damit ist für mich jeder Grund entfallen, weiter zu warten. Kein Zweifel, meine Auffassungen werden viel umstritten werden – es gibt keine Auffassung dieses Krieges, die allseitige Zustimmung gefunden hätte. Und keine Sprache ist zweideutiger und mehr auf das Lesen zwischen den Zeilen berechnet, keine mannigfacherer Deutungen fähig als die der Diplomaten, mit denen wir es hier fast ausschließlich zu tun haben. Nur der Kaiser befleißigt sich keiner diplomatischen Ausdrucksweise. Sie lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und seine Randglossen gewähren das seltene Vergnügen, dass das Volk einmal einen Kaiser in Unterhosen zu sehen bekommt.

Doch trotz aller diplomatischen Verschlagenheit haben die österreichischen Dokumente eine nahezu einmütige Auffassung von der Schuld der österreichischen Staatskunst gezeitigt. Wer dazu gelangt ist, diese richtig einzuschätzen,

für den kann nach der Sprache der deutschen Dokumente auch die Entscheidung über die deutsche Staatskunst nicht schwerfallen.

Die Verführung lag nahe, angesichts der heutigen Klarheit zu zeigen, wie sehr das deutsche Volk von jenen irregeführt worden ist, die namentlich aus den Reihen der Rechtssozialisten, meine und meiner Freunde Haltung während des Krieges auf das Heftigste angegriffen und die stärkste Apologetik der Kriegspolitik der wilhelminischen Regierung geliefert hatten. Ihre Auffassung ist heute wahrhaftig nur ein Scherbenhaufen.

Aber eben deshalb hat es kaum noch einen Zweck, sich heute mit den David und Heilmann usw. darob herumzuschlagen, auch würde die Straffheit der Darstellung darunter leiden, und es war zu befürchten, dass die Schrift, die sich an alle wendet, denen die Wahrheit über die Entstehung des Krieges am Herzen liegt, durch eine derartige Polemik einen parteipolitischen, ja persönlichen Charakter bekam, den ich vermieden wissen wollte. Ich bin daher nur dort polemisch geworden, wo es im Interesse der Klarlegung der Verhältnisse lag, im übrigen aber jeder Rekrimation aus dem Wege gegangen.

Dass die vorliegende Schrift mir indes neue Polemiken einbringen wird, darauf bin ich gefasst. Wie immer man sich zu ihr stellen mag, auf jeden Fall möge man eines bei der Lesung der hier veröffentlichten Dokumente stets im Auge behalten: Sie bezeugen Gedanken und Handlungen deutscher Staatsmänner, nicht des deutschen Volkes. Soweit dieses eine Schuld trifft, kann sie nur darin liegen, dass es der äußeren Politik seiner Lenker zu wenig Beachtung schenkte. Das ist aber ein Vergehen, das das deutsche Volk mit allen andern Völkern teilt. Vergebens hat Marx schon vor mehr als einem halben Jahrhundert bei der

Begründung der Ersten Internationale die »Pflicht der arbeitenden Klassen« proklamiert, »selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen.«

Das ist bisher nur höchst unzureichend geschehen. Der jetzige Krieg mit seinen grauenvollen Konsequenzen weist gebieterischer als je auf diese »Pflicht der arbeitenden Klassen« hin.

Als ein Teilchen unserer Pflichterfüllung betrachte ich vorliegende Arbeit.

Berlin, 1. November 1919

Karl Kautsky

1. Die Schuldigen

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges beschäftigt eine Frage alle Gemüter: Wer hat dieses entsetzliche Unheil über uns gebracht? Welche Personen, welche Einrichtungen sind die Urheber?

Das ist nicht nur eine wissenschaftliche Frage für den Historiker, es ist eine eminent praktische Frage für den Politiker. In ihrer Beantwortung liegt ein Todesurteil für die als die Urheber erkannten, nicht gerade ein körperliches, auf jeden Fall aber ein politisches. Personen und Institutionen, deren Macht so Furchtbares hervorgerufen hat, sind politisch zu den Toten zu werfen, müssen aller Macht entkleidet werden.

Doch eben deswegen, weil die Frage der Urheberschaft am Weltkrieg nicht eine akademische, sondern eine höchst praktische mit den weitestgehenden Konsequenzen für die Gestaltung des Staatslebens ist, haben die wirklich Schuldigen von Anfang an versucht, ihre Spuren zu verwischen. Und sie haben dabei rührige Helfer gefunden in allen jenen, die an der Macht der schuldigen Personen und Institutionen ein Interesse haben, wenn sie auch mit der Urheberschaft am Krieg nichts zu tun hatten. Das hat lange die Aufdeckung der Urheberschaft sehr erschwert. Andererseits wurde aber durch das praktische Interesse an der Sache auch wieder der kritische Scharfblick der Gegenseite geschärft, so dass nicht wenige von Anfang an auf die richtige Spur kamen. Daher begann sich allmählich der Nebel zu lichten, bis ihn die jüngsten österreichischen und deutschen Publikationen von Akten der auswärtigen

Ämter vollends zerrissen. Wir sind in der Lage, jetzt klar zu sehen.

Doch noch eine Wolke liegt da vor uns, angebliche tiefe marxistische Philosophie. Marx hat gelehrt, nicht durch einzelne Personen und Institutionen werde der Gang der Geschichte bestimmt, sondern in der letzten Linie durch die ökonomischen Verhältnisse. Der Kapitalismus erzeuge in seiner höchsten Form, der des Finanzkapitals, überall den Imperialismus, das Streben nach gewaltsamer Ausdehnung des Staatsgebietes. Dies beherrsche alle Staaten, sie seien alle kriegerischer Natur, und daraus sei der Weltkrieg hervorgegangen. Nicht einzelne Personen und Institutionen seien schuldig, sondern der Kapitalismus als Ganzes; diesen müsse man bekämpfen.

Dies klingt sehr radikal und wirkt doch sehr konservativ überall dort, wo es das praktische Arbeiten beherrscht. Denn der Kapitalismus ist nichts als eine Abstraktion, die gewonnen wird aus der Beobachtung zahlreicher Einzelercheinungen und die ein unentbehrliches Hilfsmittel ist bei dem Streben, diese in ihren gesetzmäßigen Zusammenhängen zu erforschen.

Bekämpfen kann man aber eine Abstraktion nicht, außer theoretisch; nicht aber praktisch. Praktisch können wir nur Einzelercheinungen bekämpfen. Die theoretische Erkenntnis des Kapitalismus enthebt uns nicht der Notwendigkeit dieses praktischen Kampfes, sie ist vielmehr dazu da, ihn zu fördern, dadurch, dass sie uns ermöglicht, einen planmäßigen Zusammenhang in seine Einzelheiten zu bringen und ihn dadurch wirksamer zu gestalten. Dabei bleibt er immer ein Kampf gegen bestimmte Institutionen und Personen als Träger bestimmter gesellschaftlicher Funktionen.

Man kann dabei vom marxistischen Standpunkt aus höchstens sagen, dass das Ziel des Kampfes nicht die Bestrafung der einzelnen Personen sein soll, gegen die er sich richtet. Jeder Mensch ist nur das Produkt der Verhältnisse, in denen er aufwächst und lebt. Selbst dem schlimmsten Verbrecher gegenüber ist es unbillig ihn zu bestrafen. Die Aufgabe der Gesellschaft besteht nur darin, zu bewirken, dass ihm die Möglichkeit genommen wird, weiterhin zu schaden, dass er wenn möglich, aus einem schädlichen in ein nützliches Mitglied der Menschheit verwandelt wird, und diejenigen Verhältnisse beseitigt werden, die ihn schufen und ihm die Möglichkeit und Macht boten, zu schaden.

Diesen Standpunkt hat man als Marxist auch den Urhebern am Weltkrieg gegenüber einzunehmen. Es ist aber keineswegs Marxismus, wenn man von der Nachforschung nach den schuldigen Personen durch den Hinweis auf die unpersönliche Schuld des Kapitalismus ablenken will.

Marx und Engels haben sich nie damit begnügt, von den verderblichen Wirkungen des Kapitalismus im Allgemeinen zu sprechen. Sie waren ebenso sehr bemüht, dem Wirken der einzelnen Institutionen, Parteien und der sie führenden Politiker, wie etwa Palmerston und Napoleon nachzuspüren. Das Gleiche mit Bezug auf diejenigen zu tun, die den Weltkrieg herbeiführten, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, und nicht bloß aus Gründen der äußeren, sondern auch der inneren Politik, um den Personen und Institutionen, die das furchtbare Verderben verschuldet haben, die Wiederkehr für immer unmöglich zu machen.

2. Deutschlands Isolierung

Nun wird eingeworfen, die letzten Tage vor Kriegsausbruch seien für die Schuldfrage allein nicht entscheidend. Man müsse weiter zurückgehen, um zu sehen, wie die Gegensätze sich bildeten, dann werde man bei allen Großstaaten Imperialismus, Ausdehnungsstreben, finden, nicht bloß bei Deutschland allein.

Sehr richtig, aber dieses Ausdehnungsstreben erklärt noch nicht den Weltkrieg, dessen Eigenart darin besteht, dass sich alle Großmächte und mehrere kleine an ihm beteiligten und alle Welt sich gegen Deutschland verbündete. Zu zeigen, wieso es dazu kam, das ist das Problem, das zu lösen ist. Das Wörtchen Imperialismus bringt uns dabei nicht weiter.

Das Aufkommen des Imperialismus am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeichnet sich dadurch aus, dass die verschiedensten Großstaaten miteinander in Konflikt gerieten, Frankreich zuerst mit Italien und dann mit England, Amerika mit Spanien und auch mit England, England überdies mit den Buren, mit denen alle Welt sympathisierte, schließlich Russland mit Japan, hinter dem England stand.

Am freiesten von internationalen Konflikten, die zeitweise zu Kriegen wurden, hielt sich in jenem Zeitalter Deutschland. Es hatte allerdings 1871 den großen Fehler begangen, Elsässer und Lothringer wider ihren Willen von Frankreich gewaltsam loszureißen und dieses dadurch in die Arme Russlands zu treiben. Das französische Bedürfnis nach Revanche, nach Wiedervereinigung mit den losgerissenen geknechteten Brüdern begann mit der Zeit gelindere

Formen anzunehmen, um so mehr, als die Aussichten der Franzosen in einem Krieg mit Deutschland sich zusehends verschlechterten, da Frankreichs Bevölkerungszahl kaum wuchs, indes das deutsche Volk sich rapid vermehrte und schon dadurch immer mehr das Übergewicht über Frankreich erhielt. Im Jahre 1866 zählte das Gebiet des späteren Deutschen Reiches 40 Millionen, das Frankreichs 38 Millionen Einwohner. Wäre diesem 1870, wie es erhofft, Preußen allein gegenübergestanden, dann hätte sein Gegner bloß über 24 Millionen verfügt. Im Jahre 1910 dagegen zählt Frankreich bloß 39, Deutschland über 65 Millionen Einwohner.

Daher die Furcht Frankreichs vor einem Krieg mit dem übermächtigen Deutschland, eine Furcht, die heute noch in den Bedingungen des Versailler Friedens nachwirkt. Daher auch sein Bedürfnis nach der Allianz mit Russland.

Durch die Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich fühlt sich Russland nach 1871 als Schiedsrichter zwischen beiden und somit als Herr des ganzen kontinentalen Europas. Im Vertrauen darauf wagt Russland 1877 den Krieg gegen die Türkei, bei dem es schließlich eine Hemmung in der Ausnutzung seines Sieges nur findet in England und Österreich. Auf dem Berliner Kongress 1878 muss sich Bismarck zwischen beiden Mächten und Russland entscheiden. Er macht sich vom Zaren selbständig und unterstützt Österreich und England.

Von da ab rückt Russland von Deutschland ab und knüpft immer enger werdende Beziehungen zu Frankreich an, so dass Bismarck trotz seiner starken russischen Sympathien immer mehr auf Österreich angewiesen wird, dem er Italien als Bundesgenossen hinzugesellt hat (1882), als die Franzosen Tunis besetzten und damit die nach diesem Land schielenden Imperialisten Italiens aufs Tiefste verletzten.

England bleibt außerhalb beider Kombinationen in »glänzender Isolierung«, aber eher auf Seite des Dreibundes, als des französischrussischen Einvernehmens. Denn mit Frankreich gerät es in Differenzen wegen afrikanischer Aspirationen (Marokko und namentlich Ägypten mit dem Sudan). Russland gegenüber fand sein alter Gegensatz in Bezug auf die Türkei und namentlich auf Indien immer wieder neue Nahrung. Dagegen stand England in freundschaftlichem Verhältnis zu Österreich und Italien und in keinem ausgesprochenem Gegensatz zu Deutschland, dessen Lenker Bismarck bei den Konflikten Englands mit Frankreich einerseits, mit Russland andererseits die Gegensätze zwischen ihnen schürte, um dabei die Rolle des Schiedsrichters und lachenden Dritten zu spielen. Diese Politik war moralisch nicht sehr hochstehend, aber für das ökonomische Gedeihen Deutschlands ganz ersprießlich. Gerade in der Zeit des aufkommenden Imperialismus blieb Deutschland also von jedem Krieg verschont und konnte es seine Industrie, seinen Handel und auch seinen Kolonialbesitz erweitern dadurch, dass es die imperialistischen Konflikte der andern ausbeutete, ohne sich an ihnen zu beteiligen.

Man sieht, auch im Zeitalter des Imperialismus vermochte ein Großstaat noch eine andere Politik zu machen, als eine Kriegspolitik. Allerdings gehörten dazu Staatsmänner mit etwas Grütze im Kopf und mit genügender Selbständigkeit gegenüber den Interessenten an einer imperialistischen Gewaltpolitik, die in Deutschland ebenso wenig fehlten, als anderswo, ja die gerade durch das Gedeihen der Friedenspolitik besonders erstarkten. Der fabelhafte ökonomische Aufschwung Deutschlands am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts gab die Mittel zu starken militärischen Rüstungen, er schuf eine Klasse

gewalttätiger Industriemagnaten, namentlich der Schwerindustrie, zu denen sich als alte Gewaltpolitiker die Junker gesellten und der größte Teil der Intellektuellen, die von Berufswegen den Auftrag hatten, den Kriegsruhm der Hohenzollern zu verkünden, deutschen Größenwahn der gesamten Jugend einzuimpfen.

Bismarcks Nachfolger Caprivi verfolgte noch die alte Politik, die den Frieden inmitten aller imperialistischen Konflikte der Umwelt erhalten hatte. Aber als Fürst Bülow 1897 zuerst Minister des Äußern (später 1900 Reichskanzler) und mit ihm Tirpitz Leiter des Reichsmarineamts wurde, bedeutete das eine völlige Neuorientierung der äußeren Politik, den Übergang zu einer Weltpolitik, die, wenn sie einen Sinn hatte, nur den haben konnte: Aufrichtung der Beherrschung der Welt durch Deutschland!

In dem Maße, wie diese neuen Tendenzen klarer zutage traten, bewirkten sie nun auch eine völlige Änderung der Stellung der Welt gegenüber Deutschland. War sie bis dahin imperialistisch gespalten und gerade dadurch Deutschland in ihr der mächtigste Faktor gewesen, nach dem Spruch: *divide et impera*, so traten jetzt alle Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten zurück hinter den einen großen Gegensatz gegen das Deutsche Reich, von dem sich alle bedroht fühlten.

Den Anfang dieser verhängnisvollen Wandlung der deutschen Weltpolitik machte die Flottenvorlage von 1897, die das Wettrüsten mit England einleitete und nur dann erklärlich wurde, wenn sie dem Endziel der Niederwerfung der britischen Seeherrschaft diente. Das ist auch oft genug, namentlich von alldeutschen Blättern und Politikern als die Aufgabe der deutschen Seerüstungen bezeichnet worden.

Damit erregte man die öffentliche Meinung Englands auf das Äußerste gegen Deutschland.

Im Zeitalter der napoleonischen Kriege hatte das britische Reich die Seeherrschaft errungen und keine Macht unternahm es seitdem, sie antasten zu wollen. Diese Herrschaft selbst hatte bald auch dem Wiener Frieden ihren Charakter erheblich garniert. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war Großbritannien noch ein stark agrarisches Land gewesen, das zur Not sich selbst erhalten konnte. Ganz anders später. Als das industriellste aller Länder, sah es sich bald nicht bloß in Bezug auf Rohstoffe, sondern auch auf Ernährung mehr als irgendein anderes Gebiet auf starke Zufuhren von außen angewiesen.

Noch 1850 war in England, Wales und Schottland allein (ohne Irland) die Landbevölkerung ebenso zahlreich, wie die städtische. Im Jahre 1911 dagegen machte die Bevölkerung der Städte in England mit Wales 78 Prozent, in Schottland 75 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Im 18. Jahrhundert war England ein Getreide ausführendes Land gewesen. Noch in den Anfängen des 19. Jahrhunderts genügte seine Weizenproduktion fast zur Deckung des heimischen Bedarfs. Im jährlichen Durchschnitt wurden im Jahrzehnt 1811 bis 1820 nur 400 000 Quarters Weizen eingeführt. Im Jahre 1850 brauchte man schon eine Zufuhr von fast 4 Millionen, 1909 das Zehnfache, bei einer Eigenproduktion von nur 7 Millionen. Ganze 84 Prozent des in England verbrauchten Weizens stammten kurz vor dem Krieg aus dem Ausland.

Diese ganze Zufuhr erfolgte aber ausschließlich zur See. Das heißt, dass England im Falle eines Krieges dem Hungertode ausgeliefert wurde, sobald es nicht mehr die See beherrschte. Seine Seeherrschaft, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast bloß ein Mittel zur Ausdehnung und

Sicherung seines Kolonialreiches bildete, also um modern zu reden, imperialistischen Zwecken diene, wurde immer unerlässlicher zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes. Die Seeherrschaft wurde für das britische Volk neben einer imperialistischen eine demokratische Forderung, wenigstens solange, als nicht allgemeine Abrüstung und Abschaffung der Kriege möglich waren – pazifistische Ziele, die gerade wegen der durch einen Krieg gefährdeten Lage des Landes, bei der Masse der englischen Bevölkerung, nicht bloß Sozialisten, sondern auch Liberalen sehr populär wurden. Da der Gedanke der Seeherrschaft in England nicht allein von imperialistischen, sondern auch von demokratischen Schichten getragen wurde, fand diese Herrschaft auch eine sehr liberale, durchaus nicht protektionistische oder gar monopolistische, sondern eine freihändlerische Anwendung, nach dem Grundsatz der offenen Tür.

Dadurch erreichte es England, dass während des ganzen 19. Jahrhunderts kein Staat Miene machte, seine Seeherrschaft zu bedrohen. Nur Deutschland begann die Politik der Bedrohung am Ende des 19. Jahrhunderts, als Englands Lebensinteresse jene Herrschaft weit entschiedener forderte, als zur Zeit Napoleons I.

Wer England und die Engländer kennt, musste wissen, dass die deutsche Politik der Flottenrüstungen allein schon genügte, immer zahlreichere Schichten der Bevölkerung Englands dem Gedanken zugänglich zu machen, Deutschland um jeden Preis zum Einstellen dieser Rüstungen zu bringen, wenn es nicht anders ging, durch einen Krieg, der dank der früheren deutschen Politik auch Frankreich und Russland als Gegner Deutschlands auf den Plan zu bringen drohte.

Herr v. Bülow, der diese verhängnisvolle Politik inaugurierte, gesteht selbst ein, dass sie Deutschland mit dem Krieg bedrohte. In seinem 1916 erschienenen Buche über »Deutsche Politik« schreibt er:

»Während der ersten zehn Jahre nach der Einbringung der Marinevorlage von 1897 und dem Beginn unserer Schiffsbauten wäre eine zum Äußersten entschlossene englische Politik wohl in der Lage gewesen, die Entwicklung Deutschlands zur Seemacht kurzerhand gewaltsam zu unterbinden, uns unschädlich zu machen, bevor uns die Krallen zur See gewachsen waren ... Und im achtzehnten Monat des Krieges konstatiert die ›Frankfurter Zeitung‹, England habe, als es zur kriegerischen Auseinandersetzung gekommen war, die trübe Wahrnehmung machen müssen, dass es trotz aller Einkreisungspläne den rechten Augenblick versäumt hatte, wo es den gefürchteten Mitbewerber hätte klein machen können. (S. 40)«

Also die Flottenpolitik wurde unternommen auf die Gefahr hin, dass sie England zum Krieg gegen Deutschland reize. Wenn es da zu einem solchen nicht kam, war nicht die deutsche Politik daran schuld, sondern die Zurückhaltung Englands, das der gewaltsamen Niederschlagung des drohenden Gegners durch einen Krieg seine sogenannte Einkreisung vorzog, d.h. die Förderung seiner Isolierung, die aus Deutschlands Weltpolitik hervorging.

Das unheilvolle Wirken der ebenso sinnlosen wie provozierenden Flottenpolitik Deutschlands wurde noch verstärkt durch seine hartnäckige Sabotierung aller